

Kommunen endlich fair finanzieren

DIE LINKE.RLP bekräftigt ihre Forderung nach einer auskömmlichen und konjunkturunabhängigen Finanzierung der Kommunen unseres Landes. Nur so können die Aufgaben, die nicht zuletzt das Grundgesetz den Kommunen zuweist, tatsächlich erfüllt werden. Derzeit reicht das Geld aber vielerorts nicht einmal, um die gesetzlichen Pflichtaufgaben zu erfüllen, von einer kommunalpolitischen Gestaltung, wie sie der im Grundgesetz festgeschriebene Föderalismus vorsieht, kann auch in Rheinland-Pfalz bei den meisten Kreisen, Städten und Gemeinden längst nicht mehr die Rede sein.

CDU und SPD haben nun im Koalitionsvertrag festgelegt, dass die neue Bundesregierung ab 2016 die Kommunen mit einem Gesamtbetrag von 5 Milliarden Euro entlasten will. Ab dem kommenden Jahr soll den kommunalen Kassen mit einer Soforthilfe in Höhe von 1 Milliarde Euro geholfen werden.

Diese Pläne bleiben in der Höhe weit hinter dem zurück, was notwendig wäre – und sie ändern nichts an der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen. Angesichts des desaströsen Zustands der meisten Kommunalhaushalte stellen die in Aussicht gestellten Beträge immerhin eine Hilfe dar.

Deswegen ist es völlig inakzeptabel, dass die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz von dem ab 2016 geplanten Entlastungsbetrag die Hälfte zugunsten des Landeshaushaltes einbehalten will. Die Landesregierung hat sich im vergangenen Jahr vom Verfassungsgerichtshof bescheinigen lassen, dass die Kommunen mindestens seit 2007 verfassungswidrig unterfinanziert wurden. Nun setzen Ministerpräsidentin Dreyer und ihre rot-grüne Landesregierung noch einen drauf und wollen sich ungeniert bei denen bedienen, denen sie schon vorher verfassungswidrig das Wasser abgegraben haben.

DIE LINKE.RLP fordert die Landesregierung deshalb auf, von diesen Plänen Abstand zu nehmen und sich stattdessen dringend darüber Gedanken zu machen, wie seitens des Landes dafür gesorgt werden kann, dass kommunale Haushalte wenigstens mittelfristig wieder auskömmlich finanziert werden. Wir unterstützen deswegen die Gewerkschaften und die kommunalen Spitzenverbände in ihrem Protest gegen den erneuten Versuch der Landesregierung, die Kommunen als schwächstes Glied des Föderalismus zur Linderung eigener Haushaltsnöte zur Kasse zu bitten – zumal der Koalitionsvertrag deutliche Einnahmeverbesserungen und Ausgabensenkungen für die Länder vorsieht. In unseren Kreisen, Städten und Gemeinden ist dagegen schon lange nichts mehr zu holen, selbst dringend notwendige Instandhaltungsmaßnahmen, der Ausbau der Kita-Betreuung und wichtige soziale und kulturelle Aufgaben müssen verschoben, gekürzt oder ganz gestrichen werden. So kann es nicht weitergehen, Demokratie muss auch vor Ort erlebbar sein und Gestaltungsspielraum bieten. Dafür werden wir mit all denen kämpfen, die lebenswerte und zukunftsfähige Kommunen wollen.

Trier, den 7.12.2013

AntragsstellerInnen:

Jochen Bülow, Katrin Werner, Alexander Ulrich, Brigitte Freihold, Frank Eschrich, Wilhelm Vollmann, u.a.